Peterchens Mondfahrt

Der Berliner Flughafen und die Träume des Verkehrsministers

Es hätte so schön sein können. Nach all dem Ärger mit den Giga-Linern, der PKW-Maut auf Autobahnen, den ob des unverminderten Fluglärms erbosten Bürgern Freilassings. Klaus wäre dagewesen und Matthias und sogar Angela und ein kleines bisschen vom Glanz wäre auch auf ihn, Peter Ramsauer, abgestrahlt. Ein neuer Flughafen - das Flair der weiten Welt, New York, Los Angeles, Hong Kong. Und vielleicht eines Tages weiter weg - auf den Spuren Jules Vernes zum Mond? Aber ach...

? Schnitt ?

Am 3. Juni 2012 wurde der neue Großflughafen Berlin-Brandenburg nicht eingeweiht. Nur wenige Tage vor dem Termin wurde bekannt, dass Probleme beim Brandschutz eine Eröffnung unmöglich machen. Nach Presseberichten wäre der Flughafen aber auch in anderen Bereichen wie Zoll oder Boarding nur zu 52 % einsatzbereit gewesen. Lufthansa-Experten hatten im Vorfeld offenbar vor Problemen gewarnt. Aber wieder einmal hatte Großmannssucht das Urteilsvermögen massiv getrübt. Aber wessen Urteilsvermögen?

Die Anteile der Betreibergesellschaft halten die Länder Berlin und Brandenburg zu je 37 % sowie der Bund zu 26 %. Aufsichtsräte sind u.a. Klaus Wowereit, der regierende Bürgermeister von Berlin, Matthias Platzeck, der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, sowie Rainer Bomba, der Staatsekretär von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer. Der Aufsichtsrat weist jede Verantwortung von sich; dies lässt nur die Schlussfolgerung zu, dass dieses Gremium entweder inkompetent oder überflüssig ist.

Peter Ramsauer forderte "eine wasserdichte Projektplanung" - nach dem Debakel. Vielleicht könnte man dabei auch gleich die Verdopplung der Kosten beim neuen Terminal auf 1,2 Milliarden Euro ansprechen (die Milliarde hat übrigens 9 Nullen, Herr Ramsauer). Die Gesamtkosten, die in 2009 noch auf 2, 5 Milliarden Euro geschätzt wurden, werden nunmehr auf 3 Milliarden veranschlagt - Mehrkosten für die verspätete Inbetriebnahme und eventuelle Schadenersatzforderungen seitens der Fluggesellschaften noch nicht eingerechnet. In diesem Kostenblock unberücksichtigt sind zudem die Aufwendungen für den militärischen Teil des Flughafens, man will ja bei einem Staatsbesuch schön repräsentieren.

Wenn es nach Herrn Ramsauer geht, dann werden die Mehrkosten unter den Betreibern der Flughafengesellschaft aufgeteilt. Für Bayern bedeutet das, dass wir auf jeden Fall den neuen Flughafen weiter in erheblichem Masse mitfinanzieren, sei es über den Länderfinanzausgleich, sei es über den Anteil am Bundeshaushalt. Und dies ohne echte Mitsprache. Aus Sicht der "Hauptstadt" nur zu verständlich, repräsentiert es sich doch gleich nochmal so schön, wenn jemand anderes die Zeche bezahlt.

Gut, man hätte jetzt von einem Bundesverkehrsminister, der aus Bayern kommt und der CSU angehört, erwarten können, dass er die Interessen seiner engeren Heimat nicht völlig aus dem Blick verliert. Er hätte wenigstens darauf achten können, dass die Kosten nicht derartig aus dem Ruder laufen, wenn man sich den Berlin-Brandenburger Wünschen schon nicht verschließen konnte oder wollte, bei den deutschen Flughäfen hinter Frankfurt und München wenigstens die Nummer drei zu werden. Hat er aber nicht.

? Schnitt ?

Und vielleicht geht für Peter ja doch noch ein Wunsch in Erfüllung. Vielleicht schießen ihn die bayerischen Wähler bei der nächsten Wahl auf den Mond.

Originaltext (5. Juni 2012)

Bild: Melanie Hummel

Pressekontakt

Bayernpartei

Herr Richard Schöps
Baumkirchner Str. 20
81673 München

bayernpartei.de
presse@bayernpartei.de

Firmenkontakt

Bayernpartei

Herr Richard Schöps
Baumkirchner Str. 20
81673 München

bayernpartei.de
presse@bayernpartei.de

Die Bayernpartei (BP) ist eine ausschließlich in Bayern aktive Partei. Sie strebt ein selbstbestimmtes, freiheitliches Bayern an. Die BP stellt bereits jetzt eine große Zahl von Gemeinde- und Kreisräten in Bayern. Sie ist unter anderem im Münchner Stadtrat sowie im oberbayerischen Bezirkstag vertreten. Laut einer Forsa-Umfrage zur bayerischen Landtagswahl vom Dezember 2011 können sich 18 % der Bayern vorstellen, die BP zu wählen.

Anlage: Bild